

08. Oktober 2015

Stellenabbau 2016 während Anhörung im Hessischen Landtag heftig widersprochen

Kolleginnen und Kollegen,

heute galt es, Flagge zu zeigen und deutlich zu intervenieren gegen die Stellenabbaupläne des Justizministeriums für das Jahr 2016.

Als BSBD-Landesvorsitzende nahm ich an der öffentlichen Anhörung zu den beabsichtigten Änderungen in den hessischen Strafvollzugsgesetzen teil. Das war die Gelegenheit, ganz klar Stellung zu beziehen zu der beabsichtigten Stellenreduzierung um 85 Stellen im hessischen Justizvollzug allein im Haushaltsjahr 2016!

Wer Behandlung intensivieren will (siehe Koalitionsvertrag von Schwarz/Grün), kann nicht gleichzeitig Personal reduzieren. Behandlung findet nicht auf Papier statt, sie findet statt in der Auseinandersetzung mit dem Gefangenen, im Gespräch, in der Erwidern - Auge in Auge. Ich schilderte die Arbeitsplatzsituation, die Vielzahl der unbesetzten Positionen in den Tagesdienstplänen der Anstalten, einhergehend mit hohem Krankenstand....

5 % der Stellen sind unbesetzt; gefragt ob das quasi Leerstellen und dergleichen seien, erklärte ich unser Auswahlverfahren, Personalnachfolgeplanung, Regeln der Stellenwirtschaft. Da stemmen die Kolleginnen und Kollegen jede Unterbesetzung und bei der Hausspitze entsteht der Eindruck, wenn die Stellen nicht besetzt sind, dann werden sie wohl gar nicht gebraucht. Das erkläre man dann den Kolleginnen und Kollegen, die 10 – 15 Tage und mehr am Stück arbeiten.

Deutlich ging ich auf die aktuelle Klientel ein, schilderte die Sandwichfunktion der Kolleginnen und Kollegen vor Ort, fehlende Rückendeckung, die Verhaltensauffälligkeiten und die nicht mehr vorhandene Absprachefähigkeit der Gefangenen bzw. die Unfähigkeit, sich an Regeln zu halten.

Die Aufarbeitung der Ergebnisse des NSU-Ausschusses und daraus resultierend das Beobachten und Verfolgen extremistischer Strukturen im Vollzug spielte heute eine große Rolle; hierzu werden wohl 2016 insgesamt 10 Stellen geschaffen werden, die allerdings durch Stellenabbau auf der Ebene des mittleren Dienstes refinanziert werden sollen. Mehr Häuptlinge – weniger Indianer; Nachteil: Häuptlinge verlangen Berichte und Dokumentation – bei gleichzeitigem Stellenabbau auf der Ebene der Indianer!

Wohngruppenvollzug soll auch im Erwachsenenvollzug etabliert werden, auch hier verwies ich auf das dafür notwendige Personal; Personalbemessung läuft nicht über Kopfszahlen – sie läuft ganz besonders über die Architektur und die Größe von Vollzugsabteilungen.

Für den BSBD Hessen kann ich sagen: wir haben heute sehr intensiv und sehr umfassend widersprochen. Was immer die hessische Landesregierung daraus macht und unsere Hausspitze schließlich entscheidet. Jedenfalls kann jetzt niemand mehr sagen, er/sie habe nicht um die Folgen gewusst!

Herzliche Grüße

Birgit Kannegießer
Landesvorsitzende